

Fast alle nehmen Fuß vom Gas

Erfurt – Die Thüringer Polizei hat eine positive Zwischenbilanz des Blitzmarathons gezogen. „Nahezu alle Fahrzeugführer haben die Appelle der Polizei und der Medien wahrgenommen und halten sich an die vorgegebenen Geschwindigkeiten“, teilte die Landespolizeidirektion Erfurt am Donnerstag mit. Selbst die Fahrer, die zu schnell unterwegs gewesen seien, hätten meist Verständnis für die Aktion gezeigt. An 75 Kontrollstellen im ganzen Land seien bis 14 Uhr die Geschwindigkeiten von etwa 20 500 Fahrzeugen gemessen worden. „Dabei wurden erfreulicherweise nur 320 Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt“, teilte die Polizei mit.

Trotz dieses insgesamt positiven Bildes konnten sich einzelne Autofahrer selbst an diesem Tag nicht zügel, an dem bundes- und europaweit massive Geschwindigkeitskontrollen angekündigt worden waren. Den Angaben der Polizei nach waren bis zum frühen Nachmittag 15 Autofahrer in Thüringen beim Rasen erwischt worden, die nun mit einem Fahrverbot rechnen müssen. Beispielsweise sei gegen 12.30 Uhr in Oldisleben entlang der Bundesstraße 85 ein Autofahrer vor einer Schule bei erlaubten 30 Stundenkilometer mit einer Geschwindigkeit von 69 Kilometern pro Stunde gemessen worden. Im Bereich eines Bahntüberganges in Reisdorf bei Apolda sei ein Fahrer bei erlaubten 50 Stundenkilometern mit Tempo 90 unterwegs gewesen.

Im Vorfeld des diesjährigen Blitzmarathons hatte die Landespolizei angekündigt, am Donnerstag an mehr als 180 Gefahrenstellen und Unfall Schwerpunkten die Geschwindigkeit von Autofahrern zu kontrollieren. „Wer rast, riskiert nicht nur sein eigenes Leben, sondern auch das anderer Menschen“, hieß es. sh

Oberbecken bei Ohrdruf nicht möglich

Erfurt – Schmalwasser-Investor Trianel hat darauf hingewiesen, dass ein Oberbecken für sein geplantes Pumpspeicherwerk nicht bei Ohrdruf errichtet werden könne. Der Stadtrat habe per Beschluss dem Standort zwar grundsätzlich zugestimmt, aber einen „wertgleichen Waldflächentausch angrenzend an verbleibende Stadtwaldflächen“ verlangt. Das sei „eine aufgrund der örtlichen Eigentumsverhältnisse für die Projektentwicklung unerfüllbare Bedingung“ gewesen, sagte Trianel-Kommunikationschef Elmar Thyen unserer Zeitung. Der Stadtwerkeverbund plant inzwischen, das Oberbecken am Rennsteig zu errichten. Dagegen gibt es heftigen Protest vor allem aus Südthüringen. ek

in Südthüringen

Klage zurückgezogen

Steinach – Die Bürgerinitiative „Kontra WieLi II“ zieht ihre am Verwaltungsgericht Meiningen anhängige Klage gegen die Stadt Steinach wegen Nicht-Zulassung eines Bürgerbegehrens zurück. Ursprünglich hatte das Gericht nach erfolglosem Versuch einer gütlichen Einigung am 12. Mai ein Urteil sprechen wollen. Die Bürgerinitiative teilte mit, sie wende sich weiterhin gegen den Ausbau von Thüringens größtem alpinen Skigebiet mittels einer vier Kilometer langen Landschaftsbahn ab einer neuen Talstation in Innenstadtnähe. Doch nachdem die Stadt signalisiert hat, einen neuen Masterplan bei einem österreichischen Projektierer in Auftrag zu geben, sehe man auch ohne Klage gute Chancen auf eine Befriedung des seit fünf Jahren schwelenden Streits und auf einen Konsens in der Frage, in welcher Form der Freizeitpark erweitert wird. Für das Zehn-Millionen-Euro-Vorhaben gibt es eine Fördermittelzulage des Landes. anb



250-Kilo-Bombe in Saalfeld entschärft

Werner Schmidt von der Kampfmittelbeseitigungsfirma Tauber bereitet nach der Entschärfung die Fliegerbombe in Saalfeld für den Transport vor. Nach dem Fund der 250-Kilo-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg sind am Donnerstagmorgen Teile der Stadt evakuiert worden. Betroffen waren mehrere Tausend Menschen, die im Umkreis von 800 Metern um den Fundort in der Hüttenstraße wohnen oder arbeiten. In einer Schule in der Nähe fiel der Unterricht aus. Experten gelang es dann ohne Probleme, die Fliegerbombe zu entschärfen. Sie hätten vor Ort die Zünder entfernt, erklärte der Sprecher des Landratsamtes Saalfeld-Rudolstadt, Peter Lahn. „Der Munitionsbergungsdienst gab um 11.16 Uhr Entwarnung.“ Die Bombe war am Mittwochmittag bei Bauarbeiten auf einem Firmengelände an Tageslicht gekommen. Foto: dpa

Neonazis planen Aufmarsch an Hitler-Geburtstag

Zum ersten Mal seit vielen Jahren wollen Neonazis an Hitlers Geburtstag wieder ganz offiziell durch Thüringen ziehen – unter dem Deckmantel, ein Pegida-Ableger zu sein. Ob die Kundgebung verboten werden soll, ist umstritten.

Von Sebastian Haak

Erfurt/Eisenberg – Das Pegida-Label verschafft Rechtsextremen in Thüringen einen gesellschaftlichen Spielraum, den sie seit Jahren nicht mehr hatten. Jüngstes Beispiel: Für den 20. April hat die aus der Sügdida-Bewegung hervorgegangene Thügida-Bewegung zu einem Aufmarsch in Eisenberg aufgerufen – also zu einer Veranstaltung am für Neonazis so wichtigen Geburtstag von Adolf Hitler in jener Stadt in Ostthüringen, in der eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge steht. Dort ist Platz für etwa 500 Asylsuchende. Weil die Einrichtung im vergangenen Jahr dauerhaft deutlich überbelegt war, begann das Land mit der Suche nach weiteren Immobilien für zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtungen. Seit mehr als zehn Jahren hat es keine vergleichbare Anmel-

dung für einen Aufmarsch der rechten Szene an ausgerechnet diesem Tag mehr gegeben. Die Pläne von Thügida hat deshalb eine Debatte darüber ausgelöst, ob die Veranstaltung verboten werden soll. Thügida wird nach Einschätzung unter anderem der Sicherheitsbehörden, wie auch Sügdida davor, von Rechtsextremen gesteuert.

Der Saale-Holzland-Kreis, zu dem Eisenberg gehört, sieht bislang keinen Grund und auch keine Möglichkeit, den Aufmarsch zu verbieten. „Von Seiten der Thügida-Bewegung gab es bereits eine Anmeldung für einen Aufzug mit Kundgebung in Eisenberg für den 30. März“, sagt ein Sprecher des zuständigen Landratsamtes, bei dem die verantwortliche Versammlungsbehörde sitzt. Diese Anmeldung sei dann kurzfristig wieder zurückgezogen worden, mit dem Hinweis, dass Thügida an einem der Montage nach Ostern erneut eine Versammlung in Eisenberg anmelden wolle. Diese Anmeldung für den 20. April werde nun bearbeitet, „wie jede andere“. „Ein Grund für eine Versagung der Versammlung ist nicht ersichtlich, zumal Thügida bereits mehrere Veranstaltungen dieser Art gewaltfrei durchgeführt hat“, sagt der Sprecher.

Die linke Innenpolitikerin Katharina König sieht das anders. Zwar sei sie wegen des hohen Stellenwerts der Versammlungsfreiheit in Deutsch-

land grundsätzlich gegen Verbote selbst von Neonazi-Aufmärschen. Schon um ein politisches Zeichen gegen die braune Umtriebe zu setzen, müsse der Landkreis den Thügida-Aufmarsch ausgerechnet am 20. April, ausgerechnet in einer Stadt mit einem großen Flüchtlingsheim aber verbieten. Auch wenn die Gefahr bestehe, dass ein Verwaltungsgericht das Verbot kippen könnte, müsse man mit einem solchen Schritt zeigen, dass Neonazis in Thüringen so kurz nach dem 70. Jahrestag der Befreiung Buchenwalds nicht wieder ungehindert aufmarschieren könnten, argumentiert sie.

Ausgerechnet Eisenberg

König, die als ausgewiesene Kennerin der rechten Szene gilt, sagt, nach ihrer Erinnerung seien Neonazis an Hitlers Geburtstag zuletzt 2003 durch eine Thüringer Stadt gezogen, damals durch Weimar. Seit damals hätten sich die Rechtsextremen an diesem Datum niemals wieder so öffentlich sichtbar gezeigt. In den vergangenen Jahren habe es meist nur kleinere, als private Veranstaltungen getarnte Feiern am 20. April gegeben.

Vorsichtige Unterstützung bekommt König für ihre Forderung auch vom stellvertretenden Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Peter Reif-Spirek. Egal, unter welchem Vorwand der Thügida-Aufmarsch offiziell angemeldet worden

sei, argumentiert er, „die Neonazis werden den politischen Subtext dieses Demonstrations-Termins am 20. April sofort verstehen und Hitlers Geburtstag feiern, indem sie gegen Flüchtlinge hetzen“.

Andere sind zwar erschrocken über die Anmeldung, wollen sich aber wegen des hohen Werts der Versammlungsfreiheit den Forderungen nach einem Verbot des Aufmarschs nicht anschließen. Politisch halte er es für „schwer erträglich“, dass Neonazis am 20. April durch Eisenberg marschieren wollten, sagt Thüringens Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne). Die Entscheidung über ein Verbot oder eine Genehmigung der Veranstaltung liege bei der Versammlungsbehörde oder im Zweifelsfall bei den zuständigen Gerichten. In diese Institutionen habe er volles Vertrauen.

Fast wortgleich formulieren es auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, Matthias Hey, und die Grüne-Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich, die sich immer wieder um Flüchtlingsfragen kümmert. Sollte der Neonazi-Aufmarsch in Eisenberg am kommenden Montag nicht verboten werden, sei es wichtig, dort Gesicht gegen Rechtsextremismus zu zeigen, sagen sie. Zudem müssten die in Eisenberg lebenden Flüchtlinge vor möglichen Übergriffen durch Thügida-Anhänger geschützt werden, fordert Rothe-Beinlich.

Kollege Wolf



Die Wölfin von Ohrdruf.

Foto: dpa

die Öko-Jäger den Umgang mit dem Wolf. „Das ist kein Streichtier, aber auch keine Bestie“, sagt der Vereinsvorsitzende. Er spricht von einem „Großprädatoren“, also einem großen Raubtier, wie es auch der Luchs sei. Am Truppenübungsplatz Ohrdruf lebt seit ungefähr einem Jahr die erste Wölfin Thüringens. Das Tier ist nach Untersuchungen des Naturschutzbundes NABU standorttreu.

Probleme macht die „Wölfin von Ohrdruf“, wie das Tier bei den NABU-Leuten heißt, laut dem Wolfsbeauftragten Silvester Tamás nicht. „Es gibt keinerlei Belege, dass die Wölfin bisher ein Schaf gerissen hat“, sagt er. Der NABU veranstaltet am Samstag in Jena die erste große Tagung von Naturschützern, Nutztierhaltern

und Jägern zur Rückkehr des Wolfes. Rund 100 Teilnehmer haben sich angemeldet.

Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) hat unterdessen angekündigt, in den nächsten Wochen das erste Wolfsgebiet in Thüringen bei Ohrdruf auszuweisen. „Mein Ministerium hat eine Förderrichtlinie erarbeitet, die Tierhaltern im Wolfsgebiet die Kosten für Schutzzäune und Hühner ersetzt. Die Richtlinie wollen wir noch einmal mit den Tierhaltern endgültig abstimmen, bevor die Förderung beginnt“, sagte sie. Tierhalter sollen bis zu 75 Prozent der Kosten erstattet bekommen. Falls ein Wolf trotz Schutzmaßnahmen ein Schaf reißt, wird der Wert laut Ministerium vollständig ersetzt.

„Wir strecken die Hände in Richtung aller Betroffenen“, betont auch NABU-Wolfsbeauftragter Tamás. Seine Organisation kümmert sich verstärkt um den streng geschützten Wolf und hofft darauf, dass sich im Gebiet des ehemaligen Truppenübungsplatzes Ohrdruf überdies Wildkatze und Luchs ansiedeln.

Der Ökologische Jagdverein tritt dafür ein, dass der Wolf nicht ins Jagdrecht aufgenommen wird, wie das – als einzigem Bundesland – in Sachsen ist. Zwar darf das Raubtier dort auch nicht geschossen werden. „Aber vielleicht gibt es in zehn Jahren dann doch eine Jagdzeit“, warnt Vereinsvorsitzender Hellmund. Ihm zufolge besitzt der Wolf keinen Jagdweil, weil sich weder Fell noch Fleisch nutzen lassen. Und dass der Wolf den Jägern das jagdbare Wild sozusagen wegschnappt, stimme auch nicht: In Sachsen, wo bereits zahlreiche Rudel leben, sei die Ausbeute der Jäger nicht geringer geworden.

Lexikon

Kommunales Hilfspaket

Die Thüringer Kommunen sollen nach einem Vorschlag der rot-rot-grünen Regierung 2015 etwa 102 Millionen Euro mehr bekommen, als ihnen nach dem Kommunalen Finanzausgleich zusteht.

Davor hatte Rot-Rot-Grün den Kommunen etwa 78 Millionen Euro für 2015 echtes Landesgeld zugesagt – kein Fördergeld von Bund oder EU also, das die Ministerien ohnehin an die Kommunen weiterreichen müssten – und diesen Betrag im März um etwa 24 Millionen Euro aufgestockt. Zuvor hatte Rot-Rot-Grün verschiedene Gesamthöhen des umstrittenen Hilfspaketes genannt von bis zu 242 Millionen Euro. Neben den 78 Millionen Euro bezog die Regierung dabei auch andere Einnahmen der Kommunen wie Steuermehreinnahmen. dpa

Zahl des Tages

80000 Plattenbau-Wohnungen müssen in Thüringen nach Ansicht der Wohnungswirtschaft in spätestens fünf bis zehn Jahren saniert werden. Der Thüringer Wohnungs- und Immobilienverband (vtw) schätzt die Kosten für Umbauten und Sanierungen auf voraussichtlich mehrere Milliarden Euro. Besonders hoch seien die Defizite im Brandschutz. Er müsste in rund einem Drittel der Wohnungen verbessert werden. dpa

Freies Wort

Herausgeber:
Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Geschäftsführer: Ulf Kiegeland

Redaktion
Chefredakteur: Walter Hörmann (v.i.S.d.P.)
Stellvertreter: Markus Ermet
Chef vom Dienst: Jens Wenzel

Lokalansgaben: Bad Salzungen, Hildburghausen, Ilm-Kreis, Meiningen, Neudaus, Schmalkalden, Sonneberg, Suhl

Redaktionelle Kooperation mit der Südthüringer Zeitung, Bad Salzungen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen nur nach schriftlicher Genehmigung.

Verlag
Anzeigen: Stefan Sailer (verantwortlich); Anschritt: HCS Medienwerk GmbH, Steinweg 51, 96450 Coburg. Zurzeit gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 der Südthüringer Presse Plus vom 1.2.2015. Monatlicher Bezugspreis 27,70 Euro (einschl. 7% MwSt.). Postbezugsabonnement 33,20 Euro. Das Bezugsgehalt wird monatlich im Voraus erhoben. Abonnementrückstellungen sind nach Ablauf der Verpflichtungszeit zum Monatsende möglich und müssen bis spätestens 5. des Monats schriftlich im Verlag vorliegen.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, etwa im Falle von höherer Gewalt oder bei Arbeitskämpfen, besteht kein Entschädigungsanspruch.

In Zusammenarbeit mit den Stuttgarter Nachrichten, Verantwortlich: Dr. Christoph Reisinger; Nachrichtengeneratoren: dpa, spd und sid.

Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Anschritt von Redaktion und Verlag:
Schützenstraße 2, 98527 Suhl
Postfach 10 01 51, 98490 Suhl

zugleich auch ladungsfähige Anschritt für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten

Telefon: 03681/851-0, Fax: 03681/851-211, -225,
E-Mail: redaktion@freies-wort.de
Lesertelefon der Redaktion: 03681/851-200
Abo-Service: 03681/851-9996

Anzeigen-Service: 03681/8879997
Service-Fax: 03681/8879998

„Freies Wort hilft“ e.V. – MITEINANDER-FÜR EINANDER:
Gemeinsames Spendenkonto: 17 05 017 017
Rhön-Druckstiftung (BLZ 840 500 00)

Druck:
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt